

Nach dem Zusammenschluß

Blick von der Ratinger Grenze in das Ruhrtal

Staatskommissare für den Übergang

Von unserem Redaktionsmitglied Richard Baumann

Der Zusammenschluß bringt für die betroffenen Gemeinden im Gegensatz zur Eingliederung oder der volkstümlicheren Bezeichnung Eingemeindung, keine Über- oder Unterordnung, sondern ein Aufgehen der einzelnen Gemeinden in einer neuen Stadt. Die Verwaltungsleute sagen dazu: alle Rechtspersönlichkeiten der alten Gemeinden gehen unter, es entsteht eine neue Rechtspersönlichkeit.

In der Praxis sieht das so aus, daß zu dem vom Landtag bestimmten Termin, nämlich am 1. Januar 1975, die vom Zusammenschluß betroffenen Gemeinden aufhören zu existieren und zur neuen Stadt Ratingen zusammengeschlossen werden. Die bestehenden Räte und ihre Vorsitzenden, nämlich die Bürgermeister, verlieren ihre Funktion. Ihre Aufgaben werden einem vom Innenminister ernannten Staatskommissar übertragen, der sein Amt bis zu den nächsten gemeinsamen Kommunalwahlen im Mai 1975 ausübt. Ähnlich geht es auch auf der Verwaltungsseite. Ein zweiter, aber dafür hauptamtlicher Staatskommissar wird mit der Funktion der Stadt- und Gemeindedirektoren für die Übergangszeit betraut. Über die Personen der beiden Staatskommissare werden zwar schon in allen Parteien und allen möglichen Gremien Spekulationen angestellt, es werden auch schon Namen genannt, aber die Entscheidung des Innenministers steht auch für Ratingen noch aus.

Das richtige Eigenleben der neuen Stadt Ratingen wird erst nach der Kommunalwahl beginnen können, wenn der Bürgermeister und die Verwaltungsspitze neu gewählt sind. Alle Beamten und Bediensteten sind soweit als möglich wieder, unterzubringen, andernfalls haben sie Pensionsanspruch.

Auf den neuen Rat, der dann 51 Mandate haben wird, kommt sehr schnell eine Masse

Arbeit zu. U.a. muß dann auch das gesamte Ortsrecht neu erlassen werden. Dabei geht es u. a. auch um die neuen Gebühren. Die Gebühren und Abgaben, die in den kleineren Gemeinden bekanntlich meist niedriger als in den größeren Städten sind, werden also nicht automatisch an den bisher in Ratingen geltenden Satz angehoben, sondern müssen vom neuen Rat neu festgesetzt werden. Die Bürger von Wittlaer und Angermund allerdings, die von Düsseldorf eingemeindet werden, müssen sich jedoch nach einer gewissen Karenzzeit an die Düsseldorfer Gebühren- und Abgabensätze gewöhnen. Der neue Rat der neuen Stadt Ratingen wird sich sehr schnell auch mit den Bebauungsplänen zu befassen haben, die bis zum Stichtag im Verfahren, aber noch nicht abgeschlossen sind. Die Bebauungspläne müssen dann von der neuen Stadt Ratingen behandelt und verlesen werden. In dieser Übergangszeit wird es u.a. auch keinen Haushaltsplan geben, er wird erst als Gesamthaushalt für die neue Stadt erlassen.



Die neue Stadt Ratingen zeigt sich auf der Karte als abgerundetes Gebilde. Vom nördlichsten Zipfel, vom Mintarder Berg aus, kann man jetzt sogar das Ruhrtal überblicken.

Repro: Holtgreve

ANGERLAND — Auch bei nüchternen Betrachtung herrscht im Angerland zehn Tage nach der Entscheidung des Landtages in Sachen Neugliederung Gelassenheit. Vor allem in Angermund und Wittlaer wird zum Ausdruck gebracht, was eigentlich für das ganze Angerland gilt: man hat zwar nicht das Optimum erreicht, ist aber zufrieden, daß

wenigstens das Schlimmste verhindert wurde. Unter dem Optimum versteht man die nicht erreichte Erhaltung des Angerlandes als Angerstadt, und unter dem „Schlimmsten“ die völlige Zerschlagung der immerhin über Jahrzehnte gewachsenen Verwaltungseinheit und — speziell für Angermund und Teile Wittlaers — die Eingemeindung.

Zehn Tage nach der Entscheidung

Im Angerland herrscht noch Gelassenheit

Breitscheid verliert 50 Bürger

Von unserem Redaktionsmitglied Richard Baumann

Betroffen werden — nach einer Aufstellung der Kreisverwaltung — von der Eingemeindung nach Düsseldorf in Angermund 4348 Einwohner, in Wittlaer 5893 Bürger. Rund 31,5 Quadratkilometer bisheriges Amtsgebietes gehen damit an die Landeshauptstadt. Der Nachbar im Norden, die Stadt Duisburg, wird von dem Kuchen nur knapp einen Quadratkilometer erhalten, der überdies unbewohnt ist.

Es handelt sich um das Gebiet nördlich der beiden Höfe Groß- und Klein-Winkelshausen, das von Wittlaer abgetreten wird, und um die Fläche nordwestlich des Dicken-

zugesichert hat, seine neuen Bürger im Norden gut behandeln zu wollen und vor allem die bei der letzten Eingemeindung im Jahre 1929 gemachten Fehler nicht mehr zu wiederholen. Die Angermunder und Wittlaerer werden sich, wenn sie mit Kaiserswerth zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt werden, sicher nicht verloren fühlen.

Über weitere Maßnahmen, über das, was auch noch im Laufe der kommenden Monate in den beiden Gemeinden zu tun ist, will man sich mit Düsseldorf abstimmen, versichert Amtsdirektor Overmans. Wittlaer hat hier ohne Zweifel mit seinem mit Düsseldorf abgeschlossenen Gebietsveränderungsplan einen Vorteil. Aber auch für Angermund will man die gleichen Bedingungen durch Verhandlungen zu erreichen versuchen.

Einen ganz kleinen Teil des bisherigen Bereichs wird Angermund auch an Ratingen abgeben; und zwar das Gebiet des Hinkesforstes. Es handelt sich dabei um ein 1,03 Quadratkilometer großes Waldgebiet, das aber unbewohnt ist.

Etwas verunsichert fühlen sich im Gegensatz zu den Bewohnern von Angermund und Wittlaer die 50 Breitscheider Bürger, die im Zuge der Grenzkorrektur am Markenweg mit dem Jahresanfang Mülheimer Bürger werden. Amtsdirektor Overmans selbst ist über die hier getroffene Lösung nicht glücklich, betont aber, daß man bei dem Stand der Dis-

kussion der Stadt Mülheim überhaupt noch etwas bieten mußte, um das ganze übrige Breitscheid zu retten. In der letzten Phase ging es dabei im Landtag sehr hektisch zu. Noch am Montag galt es als feststehend, daß ganz Breitscheid zu Mülheim kommen sollte, erst am Mittwoch — praktisch in letzter Minute vor der Abstimmung — wurde die Wende in der Meinung der Landtagsabgeordneten deutlich. Die Grenzkorrektur, um mehr soll es sich bei dieser Abtretung nicht handeln, wurde an Hand von Katasterzeichnungen vorgenommen. Der Verwaltung blieb keine Zeit mehr, diese Angaben bis ins letzte Detail zu prüfen. So kam es zu der nicht gerade sehr glücklichen Abgrenzung.

Nach Mülheim gehen aus Breitscheider Gebiet insgesamt 2,3 Quadratkilometer. Im wesentlichen handelt es sich dabei um unbewohntes Gebiet, wie etwa dem zu beiden Seiten der Bundesautobahn liegenden Staatsforst Benrath. Bewohnt ist eigentlich nur das sich östlich daran anschließende Gebiet am Markenweg, und zwar für den Teil zwischen Tenterweg und Bundesstraße 1.

Etwas entschädigt wird Mülheim für die unerfüllte Hoffnung auf die Eingemeindung der Breitscheider durch die Einverleibung von Mintard, einem Ortsteil Keltwigs im Ruhrtal. Mit Mintard kommen auf 0,69 Quadratkilometer Gebiet insgesamt 750 neue Bürger nach Mülheim.

busch, und zwar nördlich des Goldackerweges. Auf Wittlaerer Gelände soll nach der vorliegenden Planung einmal das große Autobahnkreuz der Bundesstraße 288 und der erst konzipierten A 170 entstehen.

Die Gelassenheit der Bürger in Angermund und Wittlaer kommt u. a. wohl auch daher, so weiß Amtsdirektor Johannes Overmans zu berichten, daß Düsseldorf bereits

BREITSCHIED — Gegen die Eingliederung nach Mülheim wenden sich jetzt die Anwohner des Marken- und Tenterweges in Breitscheid. In einem Schreiben bitten sie Amtsdirektor Johannes Overmans, bei den zuständigen Herren der Stadt Mülheim zu versuchen, „einen Verzicht auf diesen relativ kleinen Teil der

Gemeinde Breitscheid zu erwirken“. Die betroffenen Bürger sprechen von einer „Härte“, weil sie von der bisherigen Gemeinde abgetrennt werden. Seit Jahrzehnten, so betonen sie, seien sie auf Breitscheid und Ratingen ausgerichtet, dazu ließen sich viele Gründe, u. a. auch kirchlicher und schulischer Art anführen.

Alle gegen Eingliederung

Mülheimer sollen auf Breitscheider Teil verzichten

Unterschriften-Aktion am Markenweg

Von unserem Redaktionsmitglied Richard Baumann

Inzwischen haben sich, wie erklärt wird, alle Anwohner des Marken- und Tenterweges in Breitscheid ohne Ausnahme diesem Schritt angeschlossen. Sie seien erst so führen Anlieger aus, durch den Artikel der RP darüber unterrichtet worden, daß sie ab

1. Januar 1975 Mülheimer Bürger werden sollten. Betroffen seien nicht nur 50 Anwohner, wie es der Kreis ermittelte, sondern rund 100 Bürger, die Zeit ihres Lebens nach Breitscheid, Lintorf oder Ratingen ausgerichtet gewesen und hier angestammt seien und zum größten Teil das Mülheimer Rathaus nicht einmal kennen würden.

Die betroffenen Breitscheider wenden sich nachdrücklich gegen die willkürliche Grenzziehung, die mit einer Grenzbegrädigung nichts zu tun habe. Vor allem fragen sie sich, welche Vorteile daraus der Stadt Mülheim und den Bürgern erwachsen sollen. Zur Erholung haben die Wälder, so sagen die Breitscheider, schon immer den Mülheimern offen gestanden. Die Waldwege seien in einem guten Zustand, teilweise besser als die Straßen im Ortsteil Mülheim-Selbeck. Eine weitere großzügige Bebauung des Geländes komme auch nicht mehr in Frage, weil weite Flächen unter Landschaftsschutz stünden.

Die Muß-Mülheimer stellen dann weitere Vergleiche an, die zugunsten des Angerlandes ausgehen. Die Versorgung mit allen öffentlichen Einrichtungen vom Angerland her klappe tadellos. Kanalisation sei vorhanden, in Selbeck nicht, Müllabfuhr und Sperrgut würden regelmäßig abgeholt, in Selbeck nur zum Teil. Die Entfernung zum Schulzentrum in Lintorf betrage nur knapp vier Kilometer. Die bisherige Verwaltung sei, und das darf man wohl als ein Lob für die Amtsverwaltung ansehen, „bürgernah und in jeder Hinsicht ansprechbar.“

Nach all diesen Vergleichen suchen die betroffenen Breitscheider vergeblich nach einem Vorteil für die ihnen drohende Eingliederung nach Mülheim.

Sind die Wälder dadurch zum Sterben verurteilt?

Von unserem Redaktionsmitglied Karin Weidner-Hegenbarth

ANGERLAND/RATINGEN — „Was nützt es uns, den Wald für die Erholung zu erschließen und Wanderwege anzulegen, wenn dieses Gebiet zum Sterben verurteilt ist?“ Oberkreisdirektor Nothnack, Vorsitzender des Kreisverbandes der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald stellte diese Frage, als er zusammen mit anderen Mitgliedern Waldschäden im Hösel und Breitscheider Forst besichtigte. Um seiner

Frage von vornherein den rhetorischen Charakter zu nehmen, hatte Nothnack gleich darauf die Antwort parat. Er forderte nachdrücklich die Bekämpfung der Waldschäden: „Diese Aufgabe muß sich auch der Zweckverband Erholungsgebiet Angertal zu eigen machen. Denn die Ursachen des Übels, das den gesamten Bestand an Rhein und Ruhr aufs schwerste gefährdet, kann nicht nur Aufgabe einiger Interessierter sein.“

Freiherr Max von Fürstenberg (Angerland), Mitglied des Verbandes und Mitbesitzer eines Teiles der Wälder im Rhein-Ruhr-Gebiet, erläuterte an Ort und Stelle die Schadensursachen, die zum Teil auf Industrieabgase zurückzuführen sind. An zwei frisch abgefallenen Bäumen vollzog er deren Lebensge-

schicht des Waldes, um sich weiterzuentwickeln. Doch dies ist nicht der Fall. Nach gewisser Zeit sterben die Keimlinge ab.“ Auch die Beamten der Speeschen Forstverwaltung führen dieses Absterben auf die schlechte Bodenbeschaffenheit zurück.

schichte in den vergangenen 75 Jahren. Gründliche wissenschaftliche Untersuchungen seien notwendig, so betonte von Fürstenberg, um die Gefahren, denen die Wälder ausgesetzt seien, abzuwenden. Vorherige Bodenuntersuchungen wären wohl erforderlich, um die Zusammensetzung zu analysieren. Wahrscheinlich werde man dabei die Wurzel des Übels stoßen, denn anfangs ließen sich die in den vergangenen Jahren im Kreis Düsseldorf-Mettmann vermehrten Baumkrankheiten nicht erklären.

Nach dem „Lokaltermin“ in Hösel und Breitscheid, an dem auch der Ratinger FDP-Ortspartei-Vorsitzende Redicker teilnahm, betonte Nothnack: „Der Zweckverband Angertal als öffentliche Körperschaft kann sicherlich zur Bewältigung der Aufgaben auf die finanzielle Unterstützung des Landes rechnen.“ Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Kreisverband Mettmann-Düsseldorf habe eine entsprechende Empfehlung an die Landesregierung weitergeleitet.

Bei den Immissionschäden beschäftigt sich auch die Forstverwaltung Heltorf in Angerland. Man hat festgestellt, daß beispielsweise das Wachstum der Bäume im Vergleich zu früheren Jahrzehnten gehemmt ist. Die Naturverjüngung ausbleibt. Revierwart Tennagels aus Breitscheid erzählte dies wie folgt: „Normalerweise keimen geworfene Bucheckern in der Streu-

Brücke freigegeben

Bund und Land gaben Zuschüsse

Von Richard Baumann

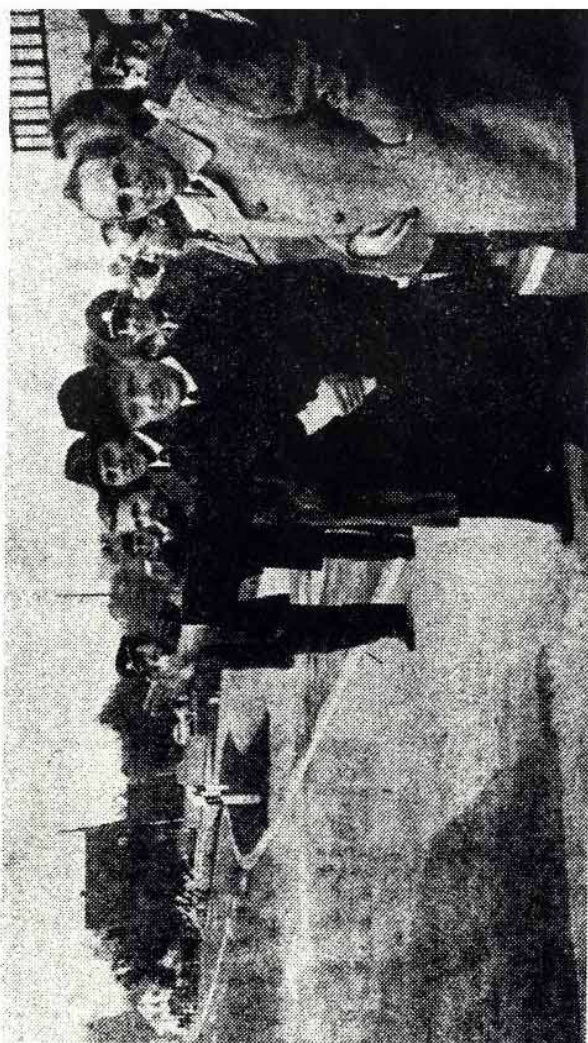
BREITSCHIED — „Wo ist denn die Brücke“ fragte eine an der Bushaltestelle an der B 1 wartende Hausfrau, als sie hörte, daß das große Fahrzeugangebot und der Aufmarsch von 48 Männern und einer Frau einer Brückenübergabe gelte. Die Brücke, die die Bundesstraße 1 über die Kreisstraße 19 bei Breitscheid führt, ist zwar bei oberflächlicher Betrachtung wirklich kaum zu sehen, aber von sehr großer Bedeutung für den örtlichen und überörtlichen Verkehr und kostete überdies 800 000 Mark, wie Landrat Willi Müser bei der feierlichen Übergabe gestern nachmittag erklärte.

Bisher mußten die Kraftfahrer in Höhe des Hauses Allkauf in einem Bogen um die Hausstelle herumfahren. Gestern gab Landrat Müser statt des sonst obligaten Scherenschnittes einfach mit der Hand das Zeichen, die Sperr-Barrikaden wegzuräumen und Brücke und Straße für den Verkehr freizugeben. Wenige Sekunden später rollten schon die ersten Fahrzeuge über die Brücke.

Zuvor hatte der Landrat noch einen Überblick über die Entwicklung der Kreisstraße 19, die die Verbindung zwischen Mintard und Lintorf herstellt und vor allem nach der Fertigstellung auch die Anbindung der heimischen Industrie an die überörtlichen Verkehrswege besorgen soll, gegeben. Aus dieser Erkenntnis wurde schon 1963 die damalige Ortsverbindungsstraße Kettwig—Breitscheid—Lintorf in den Verkehrsplan des Kreises aufgenommen, Ende 1966 erfolgte

die Aufstufung zur Kreisstraße. 1965 wurde mit der Planung und 1969 mit dem Ausbau in Mintard begonnen.

Die gesamte Straßenlänge beträgt sechs Kilometer von Mintard bis Lintorf, die Kosten für den Ausbau sind mit rund neun Millionen Mark veranschlagt. Außer dem jetzt an der B 1 übergebenen Brückenbauwerk sind weitere Brücken an der B 288 und an der Autobahn erforderlich. Der Ausbau der K 19 soll 1975/76 von Mintard her über Breitscheid hinaus bis über den Breitscheider Bach vorangetrieben werden. In dieser Ausbaustufe werden auch zwei Anbindungsstellen zur B 1 ausgebaut. Die weitere Trasse ab Lintorf mit Kreuzung des Krefelder Zubringers soll bis 1977 folgen. In Hinblick darauf, daß die heutige Anbindung der K 19 an den Krefelder Zubringer im Zuge des kreuzungsfreien Ausbaues dieser Autostraße entfällt und dann die überregionale Anbindung ab Lintorf mit seinem Gewerbegebiet nach Düsseldorf, Essen und zur BAB über die K 19 an die B 1 erfolgen muß, kamen auch Zuschüsse von Bund und Land; und zwar —



Mit einem Handzeichen gab Landrat Willi Müser (im dunklen Mantel) die neue Brücke der Bundesstraße 1 nun auch eine vernünftige Anbindung an das Haus Allkauf (im Hintergrund). Die Brücke kostete 800 000 Mark.

wie Landrat Müser mit Dank feststellte — in Höhe von 85 Prozent.

Die gestern dem Verkehr übergebene Brücke K 19 B 1 wurde vom Landesstraßenbauamt Düsseldorf gebaut, weil die B 1 über die K 19 geführt wird. Sie hat, wie der Landrat ausführte, eine lichte Weite von 14,40 Meter, eine lichte Höhe von 4,40 Meter, was allerdings wegen der fehlenden Fahrbahn in nächster Zeit noch von keinem Fahrzeug gemessen werden dürfte. Die Brücke ist 24,75 Meter breit, hat zwei durchgehende Spuren, eine Rechtsabbiegespur in Richtung Breitscheid und zwei Gehwege. Als besonders wichtig für den örtlichen Verkehr nannte es Landrat Müser, daß jetzt auch ein vernünftiger Anschluß an das Haus Allkauf erfolgt ist.

Hinter spätbarockem Prospektaufbau

Neue Orgel in der Linnepener Waldkirche

Am Sonntag konzertante Vorstellung

ANGERLAND — Am Sonntag findet in der Linnepener Waldkirche im Rahmen eines Kirchenkonzertes um 20 Uhr die feierliche Orgelweihe für die neuerbaute „Königin der Instrumente“ statt. Erst vor kurzem hatte die katholische Pfarrgemeinde St. Marien in Tiefenbroich eine neue Orgel in Dienst gestellt, vor Jahresfrist erhielt St. Remigius in Wittlaer eine neue Orgel, und die Ratinger evangelische Stadtkirchengemeinde mußte nach der Brandstiftung ihre Orgel renovieren lassen. Diese Reihe der Orgelneubauten und Renovierungen in unserer näheren Umgebung ist teils Ausdruck einer erneuten Hinwendung der Gemeinden zur Kirchenmusik, teils ein Spiegel der Spendenfreudigkeit, denn es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß erst die Gemeindeglieder durch große Spendenfreudigkeit die Neubauten und Renovierungen ermöglichten.

Die Linnepener Waldkirche ist eine der ältesten evangelischen Kirchen des Angerlandes. 1682 fertiggestellt, enthielt Sie nach Brauch der damaligen Zeit weder Gestühl für die Gottesdienstbesucher noch Orgelepore oder gar eine Orgel. Erst hundert Jahre später baute man im spätbarocken Stil die Kirche innen so aus, wie sie auch heute noch besteht. Zu diesem Zeitpunkt kam auch die erste Orgel in die Kirche. Aus dieser Zeit stammt der noch heute erhaltene Mittelteil des Orgelprospektes. Aus Eichenholz gefertigt, zeigt dieser alte Orgelprospekt die

schönen spätbarocken Linien und den für die Barockzeit typischen Prospektaufbau, der in einem runden Mittelturm, zwei flankierenden Spitztürmen und vier kleinen flachen Pfeifenfeldern die Hauptregister der Orgel enthält. Im Laufe der Jahrhunderte hat man die Orgel mehrmals umgebaut und dabei auch das Orgelgehäuse erweitert. Der letzte Umbau fand 1930 statt. In den letzten Jahren zeigten sich an der Linnepener Orgel infolge ihres Alters immer mehr Störungen und Fehler, die ihre Funktion so beeinträchtigten, daß ein einwandfreies Spiel nicht mehr gewährleistet war. So entschloß sich das Presbyterium der evangelischen Kirchengemeinde Linnep, die Orgel grundlegend umbauen zu lassen. Dabei war Voraussetzung, daß schöne spätbarocke Orgelgehäuse zu erhalten und wieder zu verwenden.

Mit dem Neubau der Orgel wurde im Frühjahr 1972 die Orgelbauanstalt Alexander Schuke in Potsdam beauftragt. Es war

ihre Aufgabe, eine Orgel ohne jeden Luxus zu bauen, die nach den Erkenntnissen des neuzeitlichen Orgelbaus unser heutiges liturgisches und kirchenmusikalisches Anliegen zum Ausdruck bringen kann. So wurde in das alte Orgelgehäuse eine neue Orgel mit 12 Registern gebaut, die auf zwei Manuale verteilt sind. Die beiden Manuale und das Pedal sind trotz der Kleinheit der Orgel in sich geschlossene Klangwerke mit ihrem orgeleigenen Obertonaufbau von den Grundstimmen bis zu den hohen Aliquotregistern und der Mixtur. So ausgerüstet ist die Orgel nicht nur für das heutige liturgische Spiel, sondern auch für die Wiedergabe der Orgelliteratur geeignet. Die neue Linnepener Orgel enthält 841 klingende Pfeifen, von denen 74 aus Holz, 12 aus Kupfer und 775 aus Zinn gefertigt sind. Die Pfeifen werden auf rein mechanischem Wege von dem in der Vorderfront der Orgel stehenden Spieltisch gespielt.

Am letzten Sonntag erklang das Instrument erstmals in einem Gottesdienst, am kommenden Sonntag wird die Orgel zum ersten Male konzertant genutzt werden. Die RP wird darüber berichten. H. A.

Für Betroffene viele Härten

Letzte Sitzung des Breitscheider Rates

Von unserer Mitarbeiterin Christa Römer-Reuther

BREITSCHIED — Die Anwohner des Markenweges, Tenterweges und Stockweges, die im Zuge der Neugliederung ab 1. Januar 1975 Mülheimer Bürger werden, sind darüber nicht sehr glücklich. In einer Eingabe an das Amt Angerland haben sie darum gebeten, Breitscheider bleiben zu dürfen. Das berichtete Amtsdirektor J. Overmans auf der letzten Sitzung des Breitscheider Rates, die bei „Doerenkamp“, Krummenweg, stattfand.

„Wir sind alle der Meinung, daß diese Entscheidung des Landtages nicht sachgerecht ist“, sagte Overmans und sprach von vielen Härten, die die neuen Mülheimer Bürger dann in Kauf nehmen müßten. In Breitscheid sei beispielsweise ein Kindergarten vorhanden, in Selbeck nicht; auch der Schulweg sei jetzt kürzer und gefahrloser. Die Ratsmitglieder unterstützten den Vorschlag, daß die neue Stadt Ratingen als Rechtsnach-

folger der Gemeinde Breitscheid mit der Stadt Mülheim über einen Gebietsänderungsvertrag verhandelt soll. CDU-Fraktions Sprecher Graf Spee ergänzte: Für das Gebiet, auf dem 105 Breitscheider wohnen, könne der Stadt Mülheim im Austausch ein unbebautes Gelände angeboten werden.

Mit einer Gedenkminute für den verstorbenen SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans Stuhr hatte die Gemeindevertretersitzung begonnen. Nachgerückt für Stuhr ist Herbert Blome. Einstimmig sprachen sich die Ratsherren für die Auflösung des Planungsverbandes Angerland aus. Das Verbandsvermögen geht auf den Rechtsnachfolger über. Ebenfalls einstimmig erfolgte die Entlastungserteilung für die Haushalts- und Vermögensrechnung 1973.

RATINGEN — In Schreiben an den Bundespostminister und die Düsseldorfer Oberpostdirektion setzt sich Ratsbeauftragter Horst Becker dafür ein, daß im Bereich Breitscheid möglichst rasch eine Vereinheitlichung des Telefon-Ortsnetzes durchgeführt wird. Becker weist in den Schreiben darauf hin, daß die in Breitscheid wohnenden Ratinger Neubürger an vier verschiedene Telefonnetze angebunden sind. Und zwar an Ketwig, Mülheim, Duisburg und Ratingen. Bei einem In-

Kämmerer Bönnighausen erläuterte die 1. Nachtragssatzung für 1974, die im Verwaltungshaushalt um 270 500 Mark auf 3 217 700 Mark erhöht wurde, und im Vermögenshaushalt um 575 000 Mark auf nunmehr 3 217 700 Mark. So kostet der Grunderwerb B 13 40 000 Mark; für weitere 80 000 Mark wurde Straßenland erworben, und 150 000 Mark gingen als Zuschuß an die Kath. Kirchengemeinde für das Jugendzentrum.

Bürgermeister Josef Notthof ließ noch einmal die letzten 45 Jahre der Gemeinde Breitscheid Revue passieren und sprach von einem gewaltigen Aufschwung. Er erinnerte an den Bau der neuen Schule, des Ev. Gemeindezentrums mit Kindergarten und Jugendraum, an die Einrichtung des kath. Kindergartens, der Anlegung eines Sportplatzes und zweier Kinderspielplätze. Auch der Wohnungsbau sei in Breitscheid nicht vergessen worden: Davon zeugten die Neubauten Am Ehrkamper Bruch, in Breitscheid-Nord (Ev. Hilfswerk) sowie An den Dellen und An den Schloten.

„Vor der Umgemeindung“, so der Bürgermeister, „hatte die Gemeinde außer den Landstraßen, das sind die Essener Straße, die Kölner Straße und die Stöter Straße, nur einfache Nebenwege. Heute dagegen hat Breitscheid ein Straßennetz von 22,3 Kilome-

ter Gemeindestraßen und 2,1 Kilometer Wirtschaftsweg.“ Notthof erwähnte noch die Kläranlage, das Kanalisationsnetz und das 1961 errichtete Feuerwehrhaus.

Zum Schluß dankte der Bürgermeister der Verwaltung, besonders aber dem Amtsdirektor für sein ganz persönliches Engagement. Die Fraktionsvorsitzenden Graf Spee von der CDU, Fortsreuther von der SPD und Maaßhoff von der FDP schlossen sich dem Dank an. Die Ratsherren nahmen als Erinnerungspräsen das Wappen der Gemeinde mit nach Hause. Nachdem Overmans zum Schluß noch um Vertrauen zur neuen Stadt Ratingen gebeten hatte, endete der CDU-Fraktionsvorsitzende den „Abgesang“ mit dem optimistischen Satz: „Wir sollten sagen: Wir Breitscheider halten zusammen.“

In Breitscheid vier Telefon-Ortsnetze

formationsgespräch mit der Düsseldorfer Oberpostdirektion sei der Stadtverwaltung mitgeteilt worden, daß dieses Problem durch einen Nahtarif gelöst werden solle, der im Gebiet Ratingen-Breitscheid wegen der erforderlichen Investitionen aber erst 1980 ein-

geführt werden könne. Becker sagt dazu: „Dieser Zustand ist für die betroffenen Bürger, die in allen Belangen zukünftig auf die Stadt Ratingen ausgerichtet sind, für eine solch lange Zeit untragbar, und es mutet fast wie ein Schildbürgerstreich an.“ Becker weist

auch auf die Schwierigkeiten hin, daß hier alle Gespräche als Ferngespräche gerechnet werden und daß bei der Suche nach den Teilnehmern oft in vier verschiedenen Telefonbüchern geblättert werden müsse. Die Bevölkerung in Breitscheid werde dadurch so sehr benachteiligt, daß eine längere Beibehaltung dieser Situation nicht zu verantworten sei. Deshalb bitte er um eine schnelle Vereinheitlichung des Telefonortsnetzes.

b-n

Entscheidung muß im Landtag fallen

Änderung nur durch Gesetz

120 Breitscheider wollen nicht nach Mülheim

Von unserem Redaktionsmitglied Richard Baumann

RATINGEN — Während sich der Zusammenschluß der neuen Stadt Ratingen, in der nun über 30 000 frühere Bewohner der Ämter Angerland und Hubelrath eine neue Heimat finden sollen, offensichtlich ohne wesentliche Reibungen vollzieht, sind rund 120 frühere Bürger der Gemeinde Breitscheid gar

Die Angelegenheit ist nämlich offenbar komplizierter als man sie sich gemeinhin vorstellt. Sie ist zumindest nicht so leicht zu lösen, wie es der fraktionslose Mülheimer Stadtverordnete Kurt Meyer meint. Er schlug in einem Schreiben an den Oberbürgermeister Dieter aus dem Siepen vor, die Stadt Mülheim solle auf die Eingemeindung eines Teiles von Breitscheid und auf die Bürger verzichten, die aus guten Gründen anderweitig, etwa durch Ratingen, verwaltet werden wollten. Neuordnung, die nicht dem Bürger diene, so meinte Kurt Meyer, könne nur Fehlleistung sein.

Aber so einfach kann die Stadt Mülheim, die sich selbst so gerne die „sympathische“ nennt, den Breitscheider Bürgern nicht den Scheidebrief nach kurzer Ehe ausstellen, denn die Gebietsneuordnung erfolgte durch Gesetz, und eine Änderung ist auch nur durch Gesetz möglich. Zumindes steht der Innenminister nach Lage der Dinge keine Möglichkeit, die Angelegenheit durch Erlaß zu korrigieren. U. a. handelt es sich um eine so hohe Einwohnerzahl, daß auch der Gesetzgeber hier wieder am Zuge ist.

Das Innenministerium wird, wie gestern bestätigt wurde, die Petition der Breitscheider im Februar beantworten. Mittlerweile wird alles an Argumenten zusammengetragen, was für und gegen die Neuordnung in diesem Teil spricht. Dann wird im Sommer ein neues Anhörungsverfahren in Gang gesetzt werden, bei dem die beteiligten Städte

nicht damit einverstanden, daß sie mit Breitscheid-Nord nach Mülheim eingemeindet wurden. Sie haben deshalb eine Petition an das Innenministerium gerichtet. Eine Entscheidung darüber, ob ihrem Wunsche stattgegeben wird, ist allerdings nicht vor Herbst zu erwarten, wie das Innenministerium erklärte.

gehört werden müssen. Und dann muß der Landtag neu entscheiden. Das aber wird frühestens im Herbst dieses Jahres stattfinden können.

Bis dahin aber müssen sich die bisherigen Breitscheider im nördlichen Gemeindebereich als Mülheimer Bürger fügen. Allerdings werden jetzt schon Übergangsmaßnahmen getroffen, um vor allem auf dem Gebiet von Kindergarten oder Schule Härten zu vermeiden. Die neue Stadt Ratingen wurde von den Betroffenen bisher in dieser Frage noch nicht angesprochen. Ratingen wird aber, wie der Regierungs-Beauftragte Dr. Alfred Dahlmann gestern auf Anfrage erklärte, alle Versorgungseinrichtungen weiter zur Verfügung stellen, wenn es die Bevölkerung wünscht.

Mülheim will offenbar auch weiterhin seinem Namen als „sympathische Stadt“ Ehren machen, auf keinem Fall mit dem „Brecheisen“ an die Neuordnung herangehen und die Betroffenen zu „Neu-Mülheimern“ pressen. Das zeigt sich u. a. an dem nach Mülheim eingemeindeten früheren Kettwiger Ortsteil Mintard. Da Kettwig eine Verfassungsbeschwerde eingereicht und außerdem beim NRW-Verfassungsgerichtshof den Erlaß einer einstweiligen Anordnung beantragt hat, das Inkrafttreten des Ruhrgebietsgesetzes für Kettwig zu verhindern, will Mülheim hier — einschließlich der Ortsschilder — alles so belassen, wie es bisher war, bis eine endgültige Entscheidung feststeht.

Abwässer verpesten den Wald

Eine dankbare Aufgabe für den Umweltschutz

Von unserem Redaktionsmitglied Richard Baumann

HÖSEL/BREITSCHIED — Es stinkt im Wald zwischen dem Höseler Bahnhof und dem Krummenweg. Spaziergänger, die immer wieder gerne dieses idyllische Waldstück aufsuchten, haben die Nase — im wahrsten Sinne des Wortes — gestrichen voll. Quelle dieses un-

erträglichen und jeglichen Naturgenuß vergällenden Gestankes ist der Klärteich des ehemaligen dort stehenden Barackenlagers. Eigentlicher Verursacher aber ist die Höseler Kläranlage, die offenbar Fäkalien und sonstigen Schmutz in diesen Teich leitet.

Diese ganze Umweltverschmutzung ist nicht ganz neu; sie hat eine lange Vorgeschichte. Von seiten der Höseler Kläranlage wurde am Donnerstag allerdings auf Anfrage erklärt, die Anlage funktioniere einwandfrei, von einem Ablauf ungeklärter Abwässer könne keine Rede sein. Die daraufhin angesprochene Untere Wasserbehörde ließ gestern verlauten, man habe den Hinweis am Donnerstag zum Anlaß einer Überprüfung genommen und dabei festgestellt, daß tatsächlich eine technische Störung bei der Kläranlage vorgelegen habe, wodurch ungeklärte Abwässer direkt in den Vorfluter abgeleitet worden seien. Dieser Schaden sei behoben worden und die Kläranlage sei wieder voll im Betrieb.

Ganz anders beurteilt die Fürstberg'sche Forstverwaltung, auf deren Gebiet der Klärteich liegt, und die offenbar nur Ärger und Schaden mit dieser Geschichte hat, die Angelegenheit. Der Klärteich wurde während des Krieges zur Klärung der Abwässer für das in Bahnhofsnähe errichtete Barackenlager ausgehoben. Nachdem das Lager aufgehoben war, entwickelte sich um den Teich eine Idylle, sogar Fische wurden im Wasser eingesetzt. Die Höseler schickten nämlich ihre durch die mittlerweile auf Breitscheider Gebiet errichtete Kläranlage gegangenen Abwässer direkt in den Dickelsbach. Als es dann aber am Krummenweg zu stinken begann, wurden die Abwässer über Rohre in den alten Klärteich geleitet.

Zunächst ging es gut. Der Wasserverband übernahm es, Klärteich und Zu- und Abfluß in Ordnung zu halten. Offenbar aber schaffte die Anlage bei dem Anwachsen der Gemeinde Hösel die Klärung nicht mehr, zumal

kein getrenntes System vorhanden ist und in Regenzeiten erhebliche Oberflächenwässer zufließen. Dabei kam es vor Jahren dann sogar einmal zu einer Verseuchung der mit Fischen besetzten Baggerseen auf Lintorfer Gebiet.

Als die Verunreinigung immer stärker wurde und immer mehr Klagen eingingen, ließ der Wasserverband vor etwas mehr als zwei Jahren den Klärteich reinigen und instandsetzen. Mittlerweile aber ist der Teich durch Fäkalien und anderen Schmutz schon wieder zu einem Drittel angefüllt. Und auch gestern floß noch eine stinkende, tintenähnliche Brühe zu.

Nicht nur, daß im Teich längst alles Leben abgestorben ist — die Tafeln „Fischereischutzgebiet“ erinnern an vergangene Zeiten —, auch ringsum machen sich die Schäden bemerkbar. Nachdem der Ablauf verstopft war, suchte sich das Schmutzwasser einen anderen Weg durch Fichtenbestand. Die Fichten haben das nicht vertragen und gehen ein. Die Forstverwaltung, die Teich und Ablauf kostenlos zur Verfügung stellt, sucht die Einrichtung nach Möglichkeit selbst in Ordnung zu halten. Aber die Verunreinigung ist längst zu groß geworden, zumal offenbar auch noch Fäkalienwagen zuweilen dort heimlich ihre stinkende Fracht löschen, wie man beobachtet hat.